

24
78**Union in
Deutschland**

Bonn, den 15. Juni 1978

„Kleiner Parteitag“ in Bonn

Helmut Kohl: Gestärkt in die nächsten Wahlen

Die erste Hälfte der Legislaturperiode ist für die Union erfolgreich verlaufen. Wir haben allen Grund, mit einem normalen, nicht übertriebenen, aber gestärkten Selbstbewußtsein und mit Optimismus in die vor uns liegenden Wahlen zu gehen. Wir haben alle Chancen, diese Landtagswahlen zu gewinnen.

Mit diesen Worten schloß Helmut Kohl seine Rede vor dem Bundesausschuß, dem „Kleinen Parteitag“ der CDU, am 12. Juni 1978 in Bonn. Das nächste Ziel ist die Regierungsübernahme in Hessen: „Ich will schon jetzt an Sie alle appellieren, in der hessischen Wahl vollen Einsatz zu fahren.“ In diesen Wochen gibt es nichts Wichtigeres als den Einsatz in Hessen.

Zur Parteiarbeit und zu den Europawahlen nahm Generalsekretär Heiner Geißler vor dem Bundesausschuß Stellung. Er wies insbesondere auf die Grundsatzprogramm-Diskussion hin und forderte die gesamte Partei auf, sich intensiv daran zu beteiligen. Der Bundesausschuß nahm außerdem nach eingehender Diskussion einstimmig ein Programm zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugend, „Der Weg in eine gesicherte Zukunft“, an und verabschiedete ebenfalls einstimmig wichtige Leitlinien zur Medienpolitik.

Zu dieser Ausgabe:

Helmut Kohl zur politischen Lage

	Seite
Terrorismus-Bekämpfung: Die Verantwortung trägt der Kanzler	5
Meister in der Kunst des bloßen Überlebens	6
Klaren Kurs in der Energie- politik halten	7
Wir sind die Partei der Menschenrechte	8
17. Juni — Tag der Besinnung	8
SPD-Führung rückt nach links	8
FDP auf dem Prüfstand	9
Verratsmomente liberaler Politik deutlich machen	10
Klare Vereinbarungen mit der CSU	10

Heiner Geißler zur Parteiarbeit und zur Europa-Wahl

Grundsatzprogramm — wichtiger Punkt der Parteiarbeit	11
Wir sind in der Lage, junge Menschen zu begeistern	12
Kontrolle ist gut, aber Vertrauen ist besser	13
Vorbereitung für die Europa- wahlen in vollem Gange	13

	Seite
Herzlichen Dank an Helmut Kohl	14
Wortlaut des Beschlusses zur Medienpolitik	15

Dokumentation

Wortlaut des Programms zur Sicherung der Zukunft- chancen der Jugend: „Der Weg in eine gesicherte Zukunft“	Grüner Teil
--	-------------

Der UID enthält außerdem:

Rentendebatte:

Regierung zerstörte willkürlich die größte Sozialreform	17
--	----

Bildungspolitik:

Gegen veraltete Strukturen und Reformeuphorie	19
--	----

Innere Sicherheit:

Vorschläge zur besseren Bekämpfung des Terrorismus abgelehnt	21
--	----

EUCD-Kongreß in Berlin:

Eindrucksvolle Demonstration europäischer Christdemokraten	22
--	----

Termin-Übersicht

24

Helmut Kohl:

Die Union muß die Wähler von ihrer Politik überzeugen

Die Bundesparteiausschußsitzung findet zu einem Zeitpunkt statt, der in etwa mit der „Halbzeit“ des Bundestages und der jetzigen Bundesregierung zusammenfällt. Wer die Bilanz seit dem Oktober 1976 — vor allem auch der inneren Entwicklung unserer Bundesrepublik Deutschland — betrachtet, wird feststellen, daß es die Bilanz einer Agonie der gegenwärtigen Bundesregierung ist.

Wir haben in diesen Tagen im kleinen Kreis des Plenums des Bundestages Mühe gehabt, die Rücktritte zusammenzubekommen. Es ist symptomatisch, daß in der Folge der Namen — frei nach dem Motto „Wer kennt die Namen, wer weiß noch die Zahl“ — uns in diesen zwei Jahren soviel zugemutet wurde, daß selbst Profis Mühe haben, den Überblick zu bewahren.

Ich sage das deswegen, weil auch hier eine Gewöhnung in der Bevölkerung stattfindet, die für uns gefährlich ist. Man kann sich auch an solche Entwicklungen gewöhnen, und zwar in der Form, daß es zum Alltäglichen gehört, daß da Minister kommen und gehen, und daß die Regierung Schmidt einen Verbrauch an Personal hat wie noch nie zuvor eine Regierung.

Wer weiß schon noch den Vorgang von

Albert Osswald, Rücktritt nach der Bundestagswahl, Walter Arendt, Rücktritt unmittelbar nach der Kanzlerwahl, der Rücktritt von Leber nach den Skandalen im Bundesverteidigungsministerium und jetzt die quälende Phase des Rücktritts von Werner Maihofer. Ich will gar nicht sprechen von der Kabinettsumbildung, die dazu führte, daß eine ganze Reihe von Bundestagskollegen Minister wurden, deren Namen nicht einmal ein großer Teil der Mitglieder des Bundestages kennt.

Die jetzige Bundesregierung hat in den letzten zwei Jahren vom Bundesverfassungsgericht Rügen erteilt bekommen wie nie zuvor eine Regierung. Ich erinnere nur an drei wichtige Verfahren: Thema Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung — Auswirkung nahezu null in der Konsequenz nach diesem Urteil; Verletzung der Budget-Hoheit des Parlaments — Auswirkung nach dem Urteil nahezu null; und jetzt zuletzt die Wehrpflichtnovelle.

Das Fazit heißt, wir haben einen Stillstand in der Innenpolitik wie nie zuvor, die Regierung Helmut Schmidt ist von den linken Splittergruppen in der Fraktion, die sich immer mehr ausbreiten, erpreßbar geworden, wie es zum Beispiel bei der Vermögensteuersenkung, dem Kontaktsperregesetz, den Anti-Terrorgesetzen deutlich geworden ist. Mit einem Wort: Die Handlungsschwäche der Regierung ist unübersehbar, aber um so deutlicher ist ihre imposante Bilanz an öffentlichen Schau-Effekten, die man nicht hoch genug einschätzen

kann, aber deren geringe Bewertung ich warnend hier hervorheben möchte.

Die Union hat seit Jahren einen klaren Vorsprung gegenüber den Sozialdemokraten in den Befragungsergebnissen, welcher Partei der Bürger am meisten zutraut, wer es schaffen könnte, die dringenden Probleme zu lösen im Bereich der Arbeitslosigkeit, der Terrorismusbekämpfung, der Wiederbelebung der Wirtschaft, der Investitionstätigkeit der Wirtschaft und neuerdings — und das ist ein ganz besonders wichtiger Punkt — in der Frage der Sicherung der Renten.

Die große Lösungskompetenz der Union ist das A und O für den Erfolg unserer Politik. Das muß pfleglich behandelt werden, denn es bedeutet, daß wir immer wieder auf die Substanz unserer Politik angesprochen werden und diese auch selbständig ansprechen sollten.

Der Problemberg unserer Bundesrepublik ist gewachsen. Und jeder muß klar und deutlich sehen, daß damit auch die Schwierigkeiten im Falle einer Regierungsübernahme wachsen. So wie die Dinge sich jetzt entwickelt haben, kann gar keine Rede davon sein, daß im Falle einer Regierungsübernahme — und natürlich auch diese Chancen sind gewachsen — wir über Nacht die Probleme regulieren können. Das heißt auch: Unsere Sprache draußen gegenüber den eigenen Freunden und den Mitbürgern muß so sein, daß wir hier nicht vordergründige Versprechungen des Tages machen dürfen, sondern die wirklichen Probleme deutlich aussprechen müssen, weil hier ein Stück Glaubwürdigkeit der Union auf dem Spiel steht.

Und wenn es eine Verdrossenheit des Bürgers gibt, dann vor allem deswe-

gen, weil die Glaubwürdigkeit der Politik insgesamt gelitten hat und wir gut daran tun, nichts zu versprechen, außer dem, was wir wirklich halten können; wir tun gut daran, dem Bürger reinen Wein einzuschenken und die Wahrheit zu sagen über die wirkliche Lage unseres Landes.

Ich will einige wichtige Felder ansprechen. Zuerst das Thema innere Sicherheit. Sieben Monate nach der Ermordung von Hanns Martin Schleyer ist nichts eigentlich Wirksames geschehen. Die im April und im Juni verabschiedeten Anti-Terrorgesetze sind unbrauchbares Flickwerk, höchstens Stückwerk auf dem Wege zu einer richtigen Lösung.

Es ist sehr bemerkenswert und geht weit über die Parteipolitik hinaus, daß weit über 70 % — und nach Parteien aufgeschlüsselt sogar $\frac{2}{3}$ aller SPD/FDP-Anhänger — die von der Koalition abgelehnten Vorschläge für richtig und die gegenwärtige Gesetzgebung für rundum nicht ausreichend hält. Das muß jeden Demokraten mit Sorge erfüllen.

Es ist sehr wichtig, daß wir dieses Thema immer wieder deutlich machen und deshalb mit äußerster Entschiedenheit das Notwendige verlangen müssen: Anwaltüberwachung, Sicherungsverwahrung, härtere Bestrafung von Terrordelikten, Versammlungsgesetz, Melde-recht, einheitliches Polizeirecht. Wir dürfen uns nicht ins Boxhorn jagen lassen durch jene Aktion, mit der bestimmte intellektuelle Kreise gemeinsam mit den Sozialdemokraten und Teilen der FDP den Bürgern einreden wollen, daß hier eine Überreaktion stattfindet, eine Ordnungshysterie, ein Abbau des Rechtsstaats.

Wir sollten ganz einfach aus unserem Selbstverständnis und ohne Wenn

und Aber mit großer Gelassenheit erklären: Eine Partei der Struktur und der Herkunft der CDU ist in sich unfähig, ein Stück zum Polizeistaat zu wollen oder zu gehen. Wir sind die freiheitliche Partei der Bundes-

republik Deutschland und wir sind deshalb fähig, hier mit dem richtigen Maß, mit dem richtigen Sinn für politische Mittel in Sachen Terrorismus die notwendige Gesetzgebung durchzusetzen.

Die Verantwortung trägt der Kanzler

Hier ist wichtig, daß wir die persönliche Verantwortung des jetzigen Bundeskanzlers herausstellen. Helmut Schmidt trägt persönlich die Verantwortung dafür, daß aus Angst vor den Linken in der eigenen Partei die notwendigen Entscheidungen nicht herbeigeführt wurden und daß er damit die moralische Verantwortung, die wir gemeinsam mitten in dieser schlimmen Zeit der Entführung von Hanns Martin Schleyer übernommen haben, verraten hat.

Es ist — so empfinde ich es und das sage ich hier genauso drastisch wie draußen — persönliche Feigheit, wenn man einem Mitbürger, einem Freund, ein Opfer zumutet, wie wir es getan haben, und dann anschließend nicht bereit ist, mit Entschlossenheit — auch wenn es schwierig wird — die Konsequenzen zu tragen, die sich aus diesem Opfer für unseren Staat ergeben müssen.

Die Vorgänge um die Freischießung des Terroristen Till Meyer haben zusätzlich noch das Ansehen des Staates in Mitleidenschaft gezogen. Und wenn der jetzige Berliner Justizsenator Baumann immer noch im Amt ist und keine Konsequenzen gezogen werden, dann müssen wir, die CDU Deutschlands, und nicht allein unsere Berliner Freunde, das Menschenmögliche tun, damit er genauso wie der Innenminister Hirsch in Nordrhein-

Westfalen zur Rechenschaft gezogen wird und die Konsequenzen zieht.

Das nächste Thema: der sogenannte Radikalenerlaß. Um es noch einmal klar und deutlich zu sagen, die Position der CDU ist eindeutig. Wir haben 1972 aus gutem Grunde und nach entsprechender Diskussion in der Partei diesen Erlaß mit verfaßt. Und ich muß sagen, als einer der Urheber und Mitdiskutanten jener Tage kann ich nicht erkennen, inwieweit sich die Geschäftsgrundlage heute geändert haben sollte. Die Geschäftsgrundlage war damals die Verfassung, war damals das geltende Beamtenrecht.

Niemand von uns war etwa der Meinung, daß damit neues Recht Gesetz würde. Wir waren nur angetreten, um den Vollzug des Rechtes auf diese Art bundeseinheitlicher zu gewährleisten. Daß die Sozialdemokraten sehr bald ausgestiegen sind, ist allgemein bekannt. Wir sollten in dieser Frage unseren Kurs halten.

Wir haben immer die Notwendigkeit auch des Rechtes auf Irrtum — gerade auch bei jungen Leuten — betont. Aber Recht auf Irrtum, das bedeutet allemal, daß einer später neue Erkenntnisse gewinnt und bereit ist, etwas dazuzulernen. Das gilt übrigens nicht nur für junge Leute. Wir waren immer der gleichen Meinung wie heute, daß hier der Einzelfall geprüft und nicht zu einer allgemeinen Hexenjagd gegen junge

Leute geblasen wird, die, aus welchen Gründen auch immer, zunächst einmal den Weg in andere Gruppierungen gefunden haben.

Es ist ein wichtiger Auftrag demokratischer Parteien, sich um junge Mitbürger zu kümmern, die den Weg in radikale Gruppen gefunden haben.

Es ist ein Stück unseres Verfassungsauftrags als demokratische Partei, diese jungen Leute wieder herauszulösen und zu den Parteien der demokratischen Mitte zu führen.

Gerade, wenn wir dies so deutlich sagen, ist es dann um so leichter, unseren ganz klaren und entschiedenen Kurs durchzuhalten: Wir wünschen nicht, daß in unseren Schulen kommunistische Lehrer oder faschistische Lehrer unsere Kinder verführen können oder in Richter- oder Staatsanwaltschaftsfunktion gegen den Staat arbeiten.

Diese Unterscheidung jetzt wieder her-

auszustellen ist um so wichtiger, weil sich ja auch das Spektrum des Radikalismus enorm verändert. Noch in der letzten Sitzung sprachen wir hier über die Gefahren des „Kommunistischen Bundes Westdeutschlands“. Die neuesten Erkenntnisse besagen, daß der KBW im Rückgang ist und die neuen unorthodoxen linken Gruppen eine stürmische Aufwärtsentwicklung nehmen. Hier liegt jetzt das Rekrutierungsfeld des Terrorismus, vor allem dann, wenn er sich im Blick auf die Vorbilder der „Roten Brigaden“ in Italien entwickeln sollte.

An diesem Beispiel sieht man, daß die Diskussion um den Radikalenerlaß nicht eine akademische Frage ist, sondern daß hier zentrale Inhalte freiheitlicher Politik, aber auch zentrale Grundlagen der Verteidigungsfähigkeit der inneren Freiheit und inneren Sicherheit unserer Bundesrepublik Deutschland angesprochen sind.

Meister in der Kunst des bloßen Überlebens

Im Felde der gesellschaftspolitischen Entwicklung erweist sich die Regierung immer mehr als Meister in der Kunst des bloßen Überlebens. Und diese Politik geht vor allem zu Lasten der Zukunftsperspektive der jungen Generation. Was wir als Union hier vor allem sehen müssen, ist die radikale Verschlechterung der demographischen Grundlagen der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben die niedrigsten Geburtenraten, und wir werden bei dem Fortbestand der jetzigen Entwicklung in fünfzig Jahren 20 Millionen Einwohner weniger haben.

Das alles hat schwerwiegendste Konsequenzen für den Generationenvertrag im sozialen Sicherungssystem, für die

Wirtschaftskraft und die Wirtschaftsstruktur, für die internationale Stellung unseres Landes, u. a. unter der speziellen Fragestellung der Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik.

Die Bundesregierung bleibt aus welchen Gründen auch immer völlig untätig. Die Ursachen ihrer Untätigkeit sind nicht zuletzt wiederum im Ideologischen zu sehen: in der Deklassierung der Familien zu Auftragnehmern der Gesellschaft, im Materialismus einer wertfreien Liberalisierung, in einer Emanzipationsideologie, die eine Erwerbstätigkeit der Frau für sich allein schon als Wert ansieht, in der politischen und natürlich auch materiellen Vernachlässigung der Familien.

Hier muß deutlich werden, daß das Thema Familienpolitik in den vor uns liegenden zwei Jahren bis zur nächsten Bundestagswahl ein zentraler Punkt unserer Politik ist. Die Familie als die wichtigste menschliche Gemeinschaft muß wieder stärker und überzeugender anerkannt und gefördert werden. Kinderreichtum darf kein Weg zur Armut und sozialem Abstieg sein.

Ich warne aber — auch aus den Gründen unserer Überzeugung als Christliche Demokraten — davor, das Thema Familienpolitik ausschließlich unter materiellen Gesichtspunkten zu sehen. Der immaterielle Teil der Familienpolitik, der moralische Teil ist mindestens genauso gewichtig und da gibt es keine finanziellen Argumente, jetzt nicht das Notwendige und Mögliche zu tun.

Wenn wir eine Schulpolitik haben, die immer mehr Eltern, besonders Mütter davor abschreckt, Kinder zu haben,

dann ist das nicht primär eine materielle Frage. Die Erfahrungen, die wir in Nordrhein-Westfalen beim Volksbegehren und beim Aufstand der Mütter erlebt haben, müssen uns auch in anderen Bundesländern nachdenklich stimmen. Das ist einer der wichtigsten Punkte, die uns bewegen müssen.

Die Zukunftschancen der jungen Generation ist als Aufgabe von der Bundesregierung immer noch nicht erkannt worden. Wir sind die einzige Partei, die ein gezieltes und verwirklichungsfähiges Programm vorlegt.

Die Bundesregierung verharrt unbelehrbar auf der ideologischen Linie ihres Bildungsberichts. Und wer am vergangenen Freitag im Bundestag war — leider hat diese sehr wichtige Debatte viel zu wenig Aufsehen in der Öffentlichkeit gefunden —, der konnte nur mit Bedrückung sehen, daß allen Rückschlüssen zum Trotz hier SPD und FDP in einer trauten Gemeinsamkeit an ihren falschen Überlegungen festhalten.

Klaren Kurs in der Energiepolitik halten

Wir haben ein weiteres wichtiges Feld, auf dem gerade das Wahlergebnis vom 4. Juni zu einer noch stärkeren Depression der politischen Aktion führt: die Energiepolitik. Wir dürfen uns auf keinen Fall durch das Auftreten der „Grünen Listen“ von der klaren und als richtig erkannten Energiepolitik der Union abbringen lassen.

Es wäre genau die falsche Reaktion, wenn wir beim Auftreten solcher Gruppen, wie das etwa Herr Börner gemacht hat, als Reaktion sofort den Bau eines Blocks im Bereich der Kernkraftenergie absagen. Das Ergebnis der Wahl auch in kritischen Gebieten in Niedersachsen hat deutlich gemacht, daß unsere klare

Position in der Energiepolitik durchzusetzen ist.

Wir werden hier in eine scharfe Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten und mit den Freien Demokraten geraten, weil man bei der FDP ja jetzt den Versuch unternimmt, in dieser Richtung nun Profil zu gewinnen.

Wir sollten nicht versuchen, mit den Freien Demokraten oder den Sozialdemokraten in einem Felde um Profil zu ringen, auf dem wir wissen, wir vertreten die sachlich richtige, wenn auch nicht immer populäre Politik, während die anderen rein nach Gesichtspunkten der Tagespopularität ihre Entscheidungen treffen.

Wir sind die Partei der Menschenrechte

Wir haben uns sehr stark im Bundestag besonders des Themas der Menschenrechte angenommen. Die CDU Deutschlands würde das Gesetz ihres Ursprungs verraten, wenn sie nicht auch in Zukunft die Partei der Menschenrechte bleiben würde. Wenn wir von Menschenrechten reden, dann sind diese Menschenrechte natürlich unteilbar.

Wir sind weder auf dem rechten noch auf dem linken Auge blind. Wenn ein faschistischer Diktator die Menschenrechte mit Füßen tritt, dann ist das genauso ein Verstoß gegen die Menschenrechte, wie wenn ein kommunistischer Diktator mitten in Deutschland die Menschenrechte mit Füßen tritt. Diktatur bleibt Diktatur.

Und in diesem Zusammenhang ist es wichtig, daß wir uns nicht von Überlegungen des reinen Nutzens leiten lassen, etwa bei der Diskussion des 25. Jahrestages des Volksaufstands vom 17. Juni 1953.

Wir sollten mit aller Entschiedenheit hier vor allem aber der Begründung von Bundeskanzler Schmidt entgegenreten, daß dieser Feiertag deswegen kein Feiertag mehr sein soll, weil er an einen

erfolglosen Volksaufstand erinnere. Was vor der Geschichte Erfolg ist oder nicht, ich will das warnend sagen, läßt sich wohl kaum nach 25 Jahren abmessen.

17. Juni — Tag der Besinnung

Die Formulierungen, die Herbert Wehner am 1. Juli 1953 im Bundestag bei der Einführung dieses Feiertages fand, sind sehr viel überzeugender. Er hat uns damals geraten, den 17. Juni mit dem Blick vieler Jahrzehnte zu betrachten und nicht nur auf den Tag. Und aus dieser, einmal sehr richtigen Wehnerschen Erkenntnis, sollten wir unsere Reaktion deutlich machen und alles tun, um diesen Feiertag wieder im Gedächtnis der Deutschen zu dem zu machen, was er ist: Zu einem Tag der Besinnung auf die Einheit unseres Vaterlandes.

Es kann kein Zweifel darin bestehen, daß der Wille zur Einheit der Nation allen Unkenrufen zum Trotz nicht abgenommen hat, wie allerneueste demoskopische Erhebungen zeigen. Wir sollten ohne falschen Pathos die Partei sein, für die dieser wichtige Auftrag unserer Verfassung ganz selbstverständlich ist.

SPD-Führung rückt nach links

Die letzten Wochen und Monate haben eine enorme Veränderung der parteipolitischen Landschaft in der Bundesrepublik signalisiert. Das gilt für die Sozialdemokraten, das gilt vor allem auch für die FDP. Ein Wort zur SPD: Hier sind die stürmischen Auseinandersetzungen mit den Linken, die weiterhin in der

SPD im Vormarsch sind, jetzt innerparteilich in kultiviertere Bahnen gelenkt worden.

Die Linksorientierung ist längst keine Entwicklung mehr, die von einigen jungen Leuten in der Partei betrieben wird. Deswegen ist es töricht, immer wieder die Jusos als Beispiel anzuführen. Auf

diese Art machen wir die Jusos nur bekannt und bei manchen sogar populär.

Das eigentliche Problem der SPD liegt darin, daß die Führungscrew — ob das Brandt ist, ob das Bahr ist, ob das Ehmke ist, ob das der Senior Wehner ist — in wichtigen Grundfragen der Politik heute immer mehr klassische linke Positionen der SPD ohne jede Einschränkung übernimmt.

Die Reden von Wehner und Brandt vom letzten Wochenende sind eine wahre Fundgrube für diese These. Es ist gar keine Frage, daß diese Spitzengruppe, die ich noch mit einer ganzen Reihe anderer Namen versehen könnte, dabei ist, die Entwicklung der SPD nach dem Godesberger Programm —, und zwar ohne großes öffentliches Aufsehen — weiter nach links im Blick auf eine klassische sozialistische Partei zu verschieben.

Darauf müssen wir eingehen und es ist sehr wichtig, daß wir die Diskussion um unser Grundsatzprogramm auch unter diesem Gesichtspunkt sehen: der klaren Abgrenzung, aber nicht im Sinne einer Antiposition, sondern im Sinne einer Darstellung unserer Position, die die freiheitliche Grundposition in Staat und Gesellschaft sein muß.

Helmut Schmidt hat hier eine wichtige Spezialfunktion. Er ist durchaus noch in der Lage, daß er sozusagen neben der Partei seine eigene Autorität darstellen kann als eine Art von Denkmal neben der Partei. Und vor diesem Denkmal ziehen viele ihren Hut.

Aber das war auch bei Willy Brandt einmal so, vor allem 1972. Aber nicht lange danach schrieb einer der klügsten Leitartikler Europas, Fred Luch-

singer, in der „Neuen Züricher Zeitung“, bei dessen Sturz: Brandt sei der meistüberschätzte Mann der Epoche gewesen.

FDP auf dem Prüfstand

Zweiter wichtiger Punkt in der Entwicklung der parteipolitischen Landschaft ist das Thema FDP. Im ersten Jahr der Bundestagswahlperiode habe ich immer wieder gesagt, wir müßten die FDP auf den Prüfstand bringen in der Frage: Was ist liberale Politik. Die FDP ist heute genau dort, wo ihr in der Öffentlichkeit immer wieder die Frage gestellt werden muß, was will diese Partei politisch überhaupt und wie und mit wem will sie liberale Politik verwirklichen? Um Erfolg zu haben, müssen wir in der Sachpolitik die Auseinandersetzung über wirkliche liberale und freiheitliche Politik führen.

Das ist doch der Sinn des Angebots von Alfred Dregger an die FDP in Hessen: Nicht der FDP nachzulaufen, sondern dem Wähler zu erklären, wir wollen ja mit euch, aber wenn ihr nicht wollt, wird dadurch deutlich, daß ihr euch gar nicht mehr von der SPD lösen könnt. Und dann haben wir über freiheitlich-liberale Politik zu streiten.

Unsere Reaktion muß mit aller Härte in der Sache, aber zugleich mit aller Nüchternheit erfolgen.

Härte beispielsweise in der Sache ist es, daß nicht hingenommen wird, wenn nach dem Rücktritt von Maihofer die Herren Baumann und Hirsch so tun, als gingen sie die Pannen der vergangenen Jahre und Monate nichts an. Sie müssen abgelöst werden.

Verratsmomente liberaler Politik deutlich machen

Auch bei den Steuervorlagen müssen wir die Verantwortlichkeit der FDP herausstellen. Das sind Verratsmomente liberaler Politik, die wir deutlich machen müssen. Das kann man erweitern bis hin zur Bildungspolitik. Mit einem Wort, wir müssen uns über die Sachfragen an die liberalen Wähler wenden. Und dann ist es Sache des höchsten Souveräns, des Wählers, sich zu entscheiden.

Wenn er sich entschieden hat, wie am 4. Juni, dann kann jeder sagen, daß da sachpolitisch argumentiert wurde. Das muß unser Punkt sein, und das ist im übrigen auch der einzige Punkt, der die FDP zu einer Veränderung ihrer Position zwingt.

In der Öffentlichkeit spielt die Diskussion zwischen CDU und CSU immer wieder eine Rolle. Unsere Anhänger haben uns, glaube ich, in den letzten eineinhalb Jahren nichts in den Sachaussagen der Politik vorzuwerfen. Hier zeigt sich ein hohes Maß an Identifizie-

rung zwischen Mitgliedern und Anhängern der Partei, ja das geht bis weit über die Partei hinaus.

Was zu recht beklagt wird, ist der Mangel an Einigkeit in der Union. Aus Anlaß mancher Interviews aus der CSU möchte ich hier jetzt sehr präzise sagen, daß für mich die Christlich Soziale Union die Schwesterpartei der CDU ist und nicht ein Koalitionspartner. Ich lege großen Wert auf diese Feststellung, denn ich bin sicher, daß für die überwiegende Mehrheit unserer Partei in der Frage der Zusammenarbeit zwischen CDU und CSU eben mehr ausschlaggebend ist als ein bloßer Koalitionsvertrag. Natürlich gibt es Verträge, aber es gibt vor allem die Lebenserfahrung.

Für viele von uns — ich sage das auch für mich, ich bin jetzt 30 Jahre Mitglied der CDU — sind das Jahrzehnte einer engen und freundschaftlichen Zusammenarbeit, aus der sich viele persönliche, private, freundschaftliche, kameradschaftliche Bindungen ergeben haben. Ich wünsche, daß dies auch in Zukunft so bleibt. Und daß wir ganz selbstverständlich aus diesen Bindungen heraus miteinander umgehen.

Klare Vereinbarungen mit der CSU

Wir hatten nach Kreuth im September 1976 eine klare Vereinbarung getroffen. Diese Vereinbarung gilt für uns. Wir haben darin beschlossen, daß wir nach der Serie der Landtagswahlen — und gemeint waren dabei immer die Wahlen bis einschließlich der Wahl in Schleswig-Holstein, die jetzt wahrscheinlich Ende April stattfinden wird —, in eine umfassende Diskussion im Blick auf die Bundestagswahl 1980 eintreten. Wir haben nun in der vergangenen Woche ebenfalls klar

beschlossen, daß sich in diese zeitliche Betrachtung die Europa-Wahl voll einschließt, das heißt also, daß wir nach der Europa-Wahl gemeinsam die notwendigen Diskussionen führen und Entscheidungen treffen.

Und damit habe ich das zweite wesentliche Stichwort gegeben: Daß wir alles gemeinsam tun werden. Das ist jetzt von beiden Seiten noch einmal bekräftigt worden. Ich habe keinen Zweifel daran, daß dies auch von beiden Seiten so gemeint ist.

Heiner Geißler:

Grundsatzprogramm — wichtiger Punkt der Parteiarbeit

Es ist wichtig, daß die Christliche Demokratische Union politische Alternativen präsentiert zu den Problemen, die anstehen. Damit entsprechen wir nicht nur dem Willen des überwiegenden Teils unserer Parteimitglieder, sondern auch der Bürger. Wir haben eine ganze Reihe von Umfragen, aus denen eindeutig hervorgeht, daß sowohl unsere Mitglieder zu über 70 % als auch die Bürger insgesamt in einem ähnlich hohen Prozentsatz von der CDU nicht erwarten, daß sie Konfrontationspolitik treibt. Sie wollen zwar Opposition, das ist richtig, aber sie erwarten Alternativen, positive Alternativen nicht nur zur Politik dieser Bundesregierung, sondern überhaupt zu den Problemen dieser Zeit.

Daher wird sich unsere Arbeit auch in der Zukunft auf drei Punkte konzentrieren müssen:

- ① Selbstdarstellung der CDU, unsere programmatischen Aussagen,
- ② Angriff auf die Bundesregierung und
- ③ positive Darstellung unserer Alternativen.

Dem dienen auch unsere gesamten Aktionen der Öffentlichkeitsarbeit, die wir von der Bundesgeschäftsstelle aus auch als Unterstützung zu den laufenden Landtagswahlen vorbereitet und durchgeführt haben. Allerdings ist dies nur möglich, weil wir in den vergangenen Monaten konsequent und gleichzei-

tig differenziert unsere Sachpolitik und unsere Grundsatzpolitik erarbeitet haben.

Ich möchte hier an erster Stelle, weil dies uns ja auch in den kommenden Wochen und Monaten beschäftigt, die Grundsatzprogramm-Diskussion hervorheben. Lassen Sie mich dazu ein Wort sagen. Es hat sowohl im Bundesvorstand als auch sonst Diskussionen gegeben, ob es jetzt einen Sinn hat, ein Grundsatzprogramm zu diskutieren. Der Bundesvorstand, das Parteipräsidium und sicher auch der überwiegende Teil unserer Mitglieder sind der Überzeugung, daß wir dieses Grundsatzprogramm gerade in der heutigen Zeit dringend brauchen. Und zwar deswegen, weil wir überall erfahren, auch wieder in den Landtagswahlkämpfen, daß die Bürger ein Bedürfnis haben nach einer langfristigen, zuverlässigen Orientierung, daß sie eine grundsätzliche Orientierung in der Politik verlangen.

Selbstverständlich brauchen wir keine politische Ideologie. Wir brauchen auch keine politische Theologie. Wir vermeiden dadurch, eine politische Heilslehre zu wollen, dies ist der Grundirrtum der Marxisten und ihrer Anhänger.

Dieser Grundirrtum ist zwar längst theoretisch wie praktisch widerlegt, aber er entzündet doch nach wie vor die Phantasie vieler Menschen, vor allem auch junger Menschen in Europa, weil er einen totaler

Anspruch auf den Menschen erhebt, dem viele erliegen.

Wir sind der Meinung, daß wir durch dieses Grundsatzprogramm die politischen Werte und die politischen Ideale, die diese Gesellschaftsordnung begründen, herausstellen; Werte und Ideale, nach denen wir unsere Politik ausrichten. Und ich glaube, daß, falls wir dies nicht täten, die Gefahr bestünde, daß unsere freiheitliche Demokratie im Alltagsgeschäft oder auch in der vordergründigen parteipolitischen Polemik versanden würde.

Wir sind in der Lage, junge Menschen zu begeistern

Ich bin der Meinung, daß wir in der Lage sind, junge Menschen für diese freiheitliche Gesellschaftsordnung zu begeistern, damit diese Demokratie nicht von Tag zu Tag sich dahinschleppen muß ohne Faszination, ohne Begeisterungsmöglichkeit. Und deswegen möchte ich wagen zu sagen, daß wir zwar keine politische Ideologie brauchen, aber eine politische Philosophie. Eine Philosophie die dialogfähig ist, die begründet wird, die auch überprüfbar ist und die im Laufe der Zeit selbstverständlich auch veränderbar ist, aber deren Kernpunkte unsere Grundsätze sind, insbesondere die verantwortete Freiheit des einzelnen Menschen.

Diesen Vorteil, den wir vor den anderen Parteien haben, sollten wir nutzen. Es kann auf die Dauer nicht gut gehen, wenn in unseren Universitäten und Bildungseinrichtungen eben als Material für eine solche grundlegende Diskussion allein der Orientierungsrahmen 85 oder auch theoretische Abhandlungen der

neuen Linken zur Verfügung stünden. Es ist dringend notwendig, daß in unseren Schulen und an den Universitäten, an den Volkshochschulen eine beschlossene Aussage der CDU vorhanden ist über unsere Werte und Ideale, darüber, wie wir uns diese Gesellschafts- und Staatsordnung vorstellen.

Das sind einige der wichtigsten Punkte, warum wir die Grundsatzprogramm-Diskussion in den kommenden Monaten intensiv führen müssen. Aber wir haben ja nicht nur diese grundsätzliche Position erarbeitet und weiter zu erarbeiten, sondern wir haben uns auch auf eine ganze Reihe von wichtigen Sachfragen konzentriert. Wir verfügen als einzige Partei über ein abgestimmtes, geschlossenes Programm über Energie und Umwelt, wir haben einen entscheidenden Beitrag geleistet zur Aufhellung der politischen und geistigen Hintergründe des Terrorismus. Unsere wissenschaftliche Fachtagung „Der Weg in die Gewalt“ ist als Sachbuch herausgekommen und bereits vergriffen.

Wir haben heute das Programm über die Zukunftschancen der Jugend beschlossen, das Ergebnis des Kongresses, den wir im letzten Jahr in Hamburg durchgeführt haben. Wir haben ferner Anfang dieses Jahres einen Kongreß über die Sicherung unserer Freiheit, also über die Verteidigungspolitik durchgeführt und dann unsere Fachtagung „Verwaltete Bürger — Gesellschaft in Fesseln“.

Wir haben hier lange vor den Wahlen in Niedersachsen und Hamburg mit ihren „Grünen Listen“ und auch lange vor der Diskussion um die Steuerpartei ein Thema angesprochen, das wirklich unser Thema sein muß und werden muß.

Kontrolle ist gut, aber Vertrauen ist besser

Wir sollten unablässig darauf hinweisen, daß der menschenverachtende Grundsatz von Lenin „Vertrauen ist gut — Kontrolle ist besser“ von uns als politische Parole umgedreht werden muß: für uns gilt der Grundsatz „Kontrolle ist gut, aber Vertrauen ist besser“. Vertrauen in den Bürgersinn des einzelnen Menschen, daran müssen wir auch unsere Politik ausrichten.

Dies umzusetzen bitte ich dringend auch in der Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten und den Freien Demokraten in den kommenden Landtagswahlkämpfen, genauso das, was wir über die Rechtspolitik auf dem Kongreß in Karlsruhe erarbeitet haben. Die Aktion „Sichere Renten“ werden wir auch nach der Sommerpause fortsetzen.

Wir bereiten diese Arbeit regelmäßig durch wissenschaftliche Dokumentationen vor, die den Sachverhalt analytisch aufarbeiten, und geben anschließend die Ergebnisse dieser Fachtagung und Kongresse auch in Form von Sachbüchern heraus. Ich empfinde es als einen großen Fortschritt, daß man heute in den deutschen Buchhandlungen die Politik der Christlich Demokratischen Union auch in Form von Sachbüchern angesehener Verlage kaufen kann.

Das ist ein Beweis dafür, daß die Sachpolitik und das, was die CDU zu den brennenden Themen zu sagen hat, auf ein großes Interesse stößt. Wir hatten auch nie Schwierigkeiten, mit angesehenen Wissenschaftlern in Kontakt zu kommen, wenn es darum ging, sie für die Zusammenarbeit und die Mitarbeit bei diesen Fachtagungen zu gewinnen. Diese Mühe hat sich gelohnt.

Vorbereitung für die Europawahlen in vollem Gange

Als eine weitere Hauptaufgabe wird in den kommenden Wochen die Vorbereitung der Europawahlen am 10. Juni 1979 vor uns stehen. Wir haben mit der Vorbereitung dieser Wahl in der Bundesgeschäftsstelle bereits intensiv begonnen. Gegenwärtig wird noch ein umfassendes Wahlkampfkonzept erarbeitet, das den Parteigremien demnächst als Grundlage für den Beschluß über die inhaltliche Aussage des Wahlkampfes dienen soll.

In der Arbeit befinden sich auch die Planungen für den Ablauf des Wahlkampfes, von der intensiven Einstimmungsphase um die Jahreswende über den Vorwahlkampf bis zum Hauptwahlkampf in den letzten Wochen vor dem Wahltag selber. Wir werden auch auf einem Bundesparteitag im Frühjahr nächsten Jahres die Europawahl in den Mittelpunkt der Diskussion stellen und außerdem wie üblich eine zentrale Wahlkampföffnung im Ruhrgebiet abhalten.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß wir in den vergangenen Monaten erfolgreich an der Konsolidierung der europäischen Arbeit unserer Bruder- und Schwesterparteien mitgewirkt und mitgearbeitet haben. Die Europäische Volkspartei (EVP), die wir initiiert haben, ist unsere Partei. Wir sind sozusagen ein Landesverband der Europäischen Volkspartei und unser Vorsitzender auf europäischer Ebene ist der Ministerpräsident von Belgien, Leo Tindemans.

Aber genauso wichtig ist, daß wir schon heute die politischen Voraussetzungen dafür schaffen, daß die

christlich-demokratischen Parteien in der europäischen Arbeit nicht allein bleiben, sondern Partner finden, und zwar nicht Partner, die sich dann selber in einer vierten oder fünften politischen europäischen Bewegung formieren, sondern Partner, die innerlich und politisch zu uns gehören.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß es eben eine Reihe von europäischen Ländern gibt, in denen schon aufgrund der historischen Entwicklung christlich-demokratischen Parteien nicht vorhanden sein können, z. B. in Großbritannien. Wir wären aber hoffnungslos der geballten Formation der sozialistischen Internationalen und der kommunistischen Internationalen ausgeliefert, wenn wir nicht den Versuch unternehmen würden, die Christlich Demokratischen Parteien politisch zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuführen, mit den anderen Parteien, die auf der Basis gleicher Werte und Ziele mit uns eine gemeinsame Politik verfolgen.

Dies haben wir in der Europäischen Demokratischen Union (EDU) getan. Dies ist kein Verrat an christlich-demokratischen Grundsätzen, wie man ab und zu mal gehört hat. Wir müssen Verständnis dafür aufbringen, daß in der einen oder anderen christlich-demokratischen Schwesterpartei Vorbehalte vorhanden sind. Aber diese sind mehr sprachlicher oder psychologischer Art, sie betreffen nicht den Inhalt dessen was wir tun. Die EDU repräsentiert ungefähr 50 bis 60 Millionen Wähler in Europa.

Herzlichen Dank an Helmut Kohl

Helmut Kohl ist genau vor fünf Jahren, am 12. Juni 1973, zum Parteivorsitzen-

den der CDU gewählt worden und ich möchte im Namen der Partei ihm für seine Arbeit herzlich danken. Sicher ist das fünfjährige Jubiläum als Bundesvorsitzender kein Anlaß zum besonderen Feiern. Aber ich glaube, es bestärkt die Zuversicht, wenn wir einmal auch für die Zukunft darauf hinweisen, was in den vergangenen fünf Jahren unter seiner Führung geleistet worden ist.

Wir haben in diesen vergangenen fünf Jahren vor allem auf wichtigen politischen Gebieten die politische Initiative gewonnen, ich darf erinnern an die Parteitage: in Hamburg in der Gesellschaftspolitik, Mannheim in der Sozialpolitik und in der Familienpolitik, Hannover in der Europapolitik, Düsseldorf in der Deutschlandpolitik. Dieser Fortschritt in der Sachpolitik ist erreicht worden durch eine offene Diskussion, ohne daß die Partei geschwächt wurde. Im Gegenteil, wir haben einen breiten Konsens in allen wichtigen Fragen, und ich glaube, es ist nicht übertrieben, wenn ich sage, daß dies ohne Helmut Kohl nicht gelungen wäre.

Die Zahl der Mitglieder ist erhöht worden von 440 000 auf 670 000. Wir haben nicht nur eine klare Mehrheit im Bundesrat, eine außerordentlich starke Position im Bundestag, sondern wir haben inzwischen die Mehrheit in den deutschen Kommunen. Auf Initiative der CDU sind die EVP und die EDU gegründet worden und wer heute in Europa arbeitet, weiß, mit welchem Vertrauen die europäischen Schwester- und Bruderparteien auf die CDU, aber auch auf den Parteivorsitzenden sehen.

Helmut Kohl hat ein Beispiel dafür gegeben, daß Führung und Autorität verbunden werden kann mit Glaubwürdigkeit und Menschlichkeit. Dafür besonders herzlichen Dank.

Neue Wege in der Medienpolitik

Der Bundesausschuß hat auf seiner Sitzung am 12. Juni 1978 folgenden Beschluß zur Medienpolitik verabschiedet.

I. Verstärkung der Medienarbeit auf Landesebene

① Die CDU-Landesverbände sollen sich verstärkt mit den Fragen der Medienpolitik befassen. Die Landesverbände werden aufgefordert, Landesbeauftragte zu bestellen bzw. Medienausschüsse zu bilden.

② Zu den medienpolitisch relevanten Fragen gehören insbesondere:

a) Nachwuchsförderung und berufliche Fortbildung der Journalisten,

b) Erörterung aller presserelevanten Fragen, Sicherung der Pressevielfalt,

c) Erörterung aller Funk und Fernsehen betreffenden Fragen, Gedankenaustausch mit Journalisten und den in öffentlich-rechtlichen Anstalten gewählten bzw. entsandten Gremienmitgliedern (Freundeskreise),

d) Erarbeitung medienpolitischer Empfehlungen für den Landesvorstand,

e) Kontakt- und Informationsstelle für medienpolitische Fragen und Ansprechpartner für den Koordinierungsausschuß für Medienpolitik der Bundespartei zu sein,

f) gegenüber den Gremien der Landes- und Bundespartei verantwortliche Umsetzung medienpolitischer Beschlüsse der CDU in die Praxis.

II. Gründung eines medienpolitischen Beirates der Bundespartei

① Zusammensetzung:

Dem medienpolitischen Beirat gehören an

a) Die Vorsitzenden der Landesmedienausschüsse bzw. die Landesbeauftragten für Medienpolitik,

b) Vertreter der Gremien in den verschiedenen öffentlich-rechtlichen Anstalten,

c) medienpolitische Sprecher der Bundes- und Landesparteien sowie der entsprechenden Parlamente,

d) Journalisten aus den Landesparteien, die der medienpolitischen Arbeit der CDU verbunden sind.

② Aufgaben des medienpolitischen Beirates:

Beratung des Koordinierungsausschusses für Medienpolitik der CDU/CSU, Unterstützung bei der Umsetzung der medienpolitischen Beschlüsse der Partei.

III. Gremienmitglieder

① Gremienmitglieder, die der CDU angehören und die in die Kontrollorgane der öffentlich-rechtlichen Anstalten gewählt bzw. entsandt werden, tragen besondere Verantwortung. Sie arbeiten mit den verantwortlichen Gremien der Landesparteien zusammen. Sie beziehen regelmäßig die medienpolitisch relevanten Informationen, die von der Landes- bzw. Bundespartei herausgegeben oder empfohlen werden. Sie berichten regelmäßig in den Medienausschüssen über ihre Arbeit.

② Bei der Wahl von Gremienmitgliedern holt die Landespartei entsprechende Empfehlungen des Koordinierungsausschusses der Bundespartei

ein. Im Rahmen des medienpolitischen Beirates der Bundespartei berichten die Gremienmitglieder dem Koordinierungsausschuß der Bundespartei über ihre Arbeit.

Zur Erläuterung dieses Beschlusses erklärte der medienpolitische Sprecher der CDU, Christian Schwarz-Schilling: Durch die stürmische technische Entwicklung sowohl im Pressewesen wie bei den elektronischen Medien werden sich in den nächsten Jahren die Auseinandersetzungen auf diesem Gebiet intensivieren. Neue Drucktechniken, Pressekonzentration, Kabelkommunikation, Satellitenfernsehen, Pilotprojekte etc. werden einen völligen Wandel der medienpolitischen Landschaft herbeiführen. Die CDU muß diese Entwicklung mit äußerster Aufmerksamkeit verfolgen. Der CDU/CSU ist es in den letzten Jahren gelungen, die medienpolitischen Themen zu bestimmen und das Bewußtsein der Öffentlichkeit für die Fehlentwicklungen, insbesondere in Hörfunk und Fernsehen, zu schärfen.

Dennoch liegt noch ein weiter Weg und harte Kleinarbeit vor uns. Es ist nicht zu verkennen, daß die SPD diesem Gebiet allerhöchsten Rang einräumt. Der Bundesgeschäftsführer der SPD, Egon Bahr, ist seit kurzem Vorsitzender der Medien-Kommission der SPD. Sein Stellvertreter ist der Ministerpräsident von Hessen, Holger Börner. Erste Äußerungen von beiden lassen erwarten, daß auf diesem Gebiet massive politische Einflußnahme versucht werden wird.

Welche politischen Vorstellungen die SPD entwickeln wird, ist noch nicht klar. Offensichtlich will sie das Monopol der heutigen Rundfunkanstalten nicht nur dogmatisch festschreiben, sondern es in ihrem Sinne derart verändern, daß

die Kontrolle der öffentlich-rechtlichen Anstalten von den Vertretern der gesellschaftspolitisch relevanten Kräfte auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten selbst übertragen wird. Also Ersetzung der Außenkontrolle durch eine sogenannte Eigenkontrolle, wo dann sicherlich durch Redaktionsräte mit Mehrheiten über Programmverantwortlichkeit und journalistische Qualifikation abgestimmt werden soll.

Dies verläßt nicht nur die verfassungsmäßigen Grundlagen, auf denen unser heutiges öffentlich-rechtliches System aufgebaut ist, sondern würde das gesamte Prinzip dieses Systems inklusive der Verantwortlichkeit der Intendanten gegenüber der Öffentlichkeit und den gesellschaftsrelevanten Gruppen von innen her aushöhlen. Um dieses Monopol absolut „wasserdicht“ und für den Konsument unangreifbar zu machen, will die SPD auch alle neuen Medien dem bestehenden Rundfunkmonopol zuschlagen.

Um so wichtiger ist es, daß die Union diesen Zielen und Veränderungen ein energisches Halt entgegensetzt. Darüber hinaus muß in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Kommission für technische Kommunikation dafür gesorgt werden, daß die neuen Medien von einer entsprechenden Vielfalt geprägt werden und nicht dem heute bestehenden Rundfunkmonopol zugeschlagen werden. Dies erfordert große Anstrengungen der Union.

Deswegen müssen in den Gliederungen der Partei die personellen, sachlichen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden, damit die CDU diese Auseinandersetzungen mit der Aussicht auf Erfolg bestehen kann.

■ RENTENDEBATTE

Regierung hat willkürlich die größte Sozialreform zerstört

Ein „Schwarzer Tag“ für die Sozialgesetzgebung und die gesetzliche Rentenversicherung war der 8. Juni 1978, als die Entscheidung der Regierungskoalition gegen die CDU/CSU fiel, vom bisherigen bewährten System abzugehen. Otto Zink, MdB und Obmann der CDU/CSU im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialpolitik, erklärte dazu:

Durch dieses Gesetz werden Millionen von Alterssicherungsplänen hinfällig, und die Mehrzahl der Bürger unseres Landes wird ihre Vorstellungen über ein sorgenfreies Alter nachprüfen müssen. Die Bürger verlieren ihr Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung, wenn die Anpassung der Renten nicht mehr an einen festen Maßstab gebunden ist, sondern der Willkür des Gesetzgebers überlassen bleibt. Die Aussetzung der bisherigen Regelung für drei Jahre — ob Bruttolohn, Nettolohn oder Lebenshaltungskostenindex — ist für die CDU/CSU nicht akzeptabel.

Die Rentner sehen, daß die Bundesregierung schon bei den ersten Schwierigkeiten langfristige Versprechungen nicht einhält und die Sanierung auf ihrem Rücken betreibt. Die CDU/CSU hält an der bruttolohnbezogenen dynamischen Rente fest. Sie lehnt aber das Gesetz auch wegen der Neuregelung der Krankenversicherung der Rentner ab 1982, der vorgesehenen Beitrags-

satzerhöhung ab 1981, der Verschlechterung der Versicherungsbedingungen für freiwillige Versicherte und der wenig praktikablen Regelungen hinsichtlich Versicherungsfrist bei geringfügiger Beschäftigung ab.

Die Übertragung der willkürlichen Anpassungssätze auf die Altershilfe für Landwirte und die Kriegsopferversorgung lehnt die CDU/CSU ebenfalls ab. Die Anwendung des bedenklichen Anpassungsverfahrens auf die Unfallversicherung konnte im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung verhindert werden. Es bleibt in der Unfallversicherung bei dem bisherigen Anpassungsverfahren.

Die CDU/CSU hat Anträge zur Beibehaltung des bisherigen Rentenanpassungsverfahrens für Bestandsrenten — Rentenanpassung um 7,2 % zum 1. Januar 1979 — sowie die Beibehaltung der bewährten Berechnung der Zugangsrenten gestellt. Die SPD/FDP machte von ihrer Mehrheit rigoros Gebrauch. Die Regierungsparteien blieben bei ihren systemverändernden Maßnahmen, obwohl auch die Gewerkschaften und Kriegsopferverbände die willkürliche Festsetzung von Rentenanpassungssätzen ablehnen.

Alle Auswirkungen und Folgewirkungen des Gesetzes muß die Koalition allein verantworten. Weder die CDU/CSU im Bundestag noch die CDU/CSU-geführten Länder im Bundesrat können die Verabschiedung des Gesetzes und da-

mit das Inkrafttreten der bedenklichen Regelung verhindern. Ein Stück Rechtsordnung, auf das sich der Staatsbürger verlassen können sollte, wurde mit dem 21. Renten Anpassungsgesetz aufgegeben.

Bereits im Oktober 1977 hatte die CDU/CSU ihren Gesetzentwurf zur Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbehinderte auf 60 Jahre im Deutschen Bundestag eingebracht. Monatlang ist die Koalition von SPD und FDP einer klaren Entscheidung ausgewichen. Trotz Anerkennung der sozialpolitischen Dringlichkeit unserer Initiative hat sie immer wieder finanzpolitische Bedenken vorgeschützt und für eine Verschiebung auf einen ungewissen späteren Zeitpunkt plädiert. Anlässlich der zweiten Lesung unseres Gesetzentwurfes haben SPD und FDP nun den Offenbarungseid leisten müssen: in namentlicher Abstimmung haben auch die Sozialpolitiker der Koalition, die teilweise noch vor wenigen Wochen in der Öffentlichkeit geflissentlich den Anschein erweckten, als wollten sie noch mit sich reden lassen, unseren Gesetzentwurf endgültig abgelehnt.

Zusammen mit dem 21. RAG hat die Mehrheit von SPD und FDP auch das von der Bundesregierung eingebrachte 10. Anpassungsgesetz zur Kriegsopferversorgung im wesentlichen unverändert verabschiedet. Die darin enthaltenen strukturellen Verbesserungen von rund 160 Millionen jährlich können nicht darüber hinwegtäuschen, daß durch die Abkoppelung der Kriegsopferversorgung von der Bruttolohnentwicklung im Gleichklang mit den Sozialrenten im Bundeshaushalt bis zum Jahre 1981 Einsparungen im Kriegsopferetat von rund 2 Milliarden DM entstehen werden.

Die Änderungsanträge der CDU/CSU zielten ausnahmslos darauf ab, die betroffenen Kriegsoffer vor unzumutbaren Sonderopfern zu bewahren. Daher hatte die CDU/CSU zunächst beantragt, daß für alle laufenden Rentenleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz die jährliche bruttolohnorientierte dynamische Anpassung aus entschädigungsrechtlichen Gründen uneingeschränkt erhalten bleibt. Konkret bedeutet dies: Entsprechend der Veränderung der allgemeinen Bemessungsgrundlage für 1978 gegenüber dem Vorjahr, sollten alle Kriegsopferrenten mit Wirkung vom 1. Januar 1979 um 7,2 % erhöht und die vor Inkrafttreten des 9. Anpassungsgesetzes geltende Fassung des § 56 BVG wiederhergestellt werden. Um die durch die Verschiebung des Anpassungszeitpunktes um ein halbes Jahr entstandenen Einbußen der Kriegsoffer in etwa auszugleichen, hatte die CDU/CSU darüber hinaus noch folgende strukturelle Verbesserungen beantragt:

■ Verbesserung des Berufsschadensausgleichs durch Erhöhung der Ausgleichsquote von vier Zehntel auf fünf Zehntel des Einkommensverlustes;

■ Erhöhung des Abteilungsverhältnisses beim Schadensausgleich für Witwen von 50 % auf 55 % und zugleich eine Anhebung der Ausgleichsquote auf 50 % des Unterschiedsbetrages;

■ Spürbare Anhebung der Elternrente über das vom Regierungsentwurf vorgeschlagene Maß hinaus.

Sämtliche Änderungsanträge der CDU/CSU sind von der Mehrheit der SPD/FDP-Koalition im Deutschen Bundestag unter Hinweis auf die Belastungen des Bundeshaushaltes und die angeblich fehlende sozialpolitische Dringlichkeit abgelehnt worden.

■ BILDUNGSPOLITIK

Gegen veraltete Strukturen und Reformeuphorie

Mit einem Entschließungsantrag zur Bildungspolitik ist die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag der bildungspolitischen Strategie der SPD/FDP-Bundesregierung entgegengetreten. Damit wersetzt sich die Union der schon seit zehn Jahren praktizierten Bildungsideologie der linken Kräfte in SPD und FDP. Der Entschließungsantrag von CDU/CSU hat folgenden leicht gekürzten Wortlaut:

I.

Bildungs- und Kulturpolitik ist zentraler Bestandteil einer zukunftsorientierten Gesellschaftspolitik. An den Lebens- und Berufschancen des einzelnen Bürgers orientierte Bildungspolitik ist gleich weit entfernt von unbeweglichem Beharren auf veralteten Bildungsinhalten und -strukturen wie auch von unkritischem Fortschrittsglauben und Reformeuphorie. Jedem Menschen soll ein Bildungsgang eröffnet werden, der seiner Begabung, seinen Fähigkeiten und seinen Neigungen entspricht und zu einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit führt. Bildungsziele und Bildungsinhalte müssen die freiheitliche Entfaltung, Selbständigkeit und Verantwortungsbeurteilung des einzelnen fördern.

Erziehung muß sich stärker daran orientieren, daß zur Freiheit nur findet, wer auch Selbstbeherrschung und Selbstüberwindung gelernt hat. Soziales Miteinander verwirklicht nur, wer

auch unter Zurückstellung eigener Interessen zur Rücksichtnahme auf den Mitmenschen fähig ist. Ein solcher Prozeß der Persönlichkeitsfindung vollzieht sich nicht ohne Erfahrung von Vorbild und Autorität.

II.

Die vor uns stehenden bildungspolitischen Aufgaben verlangen ein weitestgehendes Zusammenwirken der politisch Verantwortlichen. Bund und Länder müssen im Sinne des kooperativen Föderalismus zusammenarbeiten. Die durch Verfassung und Recht begründete und durch die Bewahrung unseres föderativen Staates legitimierte Kulturhoheit der Länder ist zu respektieren. Nur durch Kooperation, nicht aber durch Konfrontation ist die Gemeinsamkeit des Bildungswesens weiter zu entwickeln. Im Sinne dieser Grundsätze stellt der Deutsche Bundestag nachdrücklich fest, daß die Zuständigkeit für die in der Antwort der Bundesregierung dargestellten bildungspolitischen Bereiche zu einem großen Teil eindeutig bei den Ländern liegt.

III.

Schule muß unter pädagogischen und humanen Gesichtspunkten auf die unterschiedlichen Neigungen und Fähigkeiten der jungen Menschen Rücksicht nehmen. Hohes Niveau und soziale Chancengerechtigkeit im Schulwesen können nur durch ein nach Begabungsrichtungen, Fähigkeiten und Neigungen

vielfältig gegliedertes, in sich nach Leistungshöhe differenzierendes System verwirklicht werden.

Die Leistungsfähigkeit von Hauptschule, Realschule und Gymnasium ist durch ihre Differenzierung zu stärken und nicht, wie es die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und FDP zur Bildungspolitik befürwortet, durch nivellierende Integration zu beeinträchtigen.

Durch offene Modellversuche sollen die Möglichkeiten künftiger Entwicklungen unter pädagogischen, psychologischen, soziologischen, organisatorischen und ökonomischen Aspekten geprüft werden. Sich bereits heute einseitig auf integrierte Gesamtschulen festzulegen — wie das in der Antwort der Bundesregierung der Fall ist — bedeutet, sich voreingenommen neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen aus Modellversuchen zu verschließen, um ideologische Voreingenommenheit nicht in Frage stellen zu müssen.

IV.

Die berufliche Bildung muß den einzelnen in die Lage versetzen, die Lebenschancen in unserer Gesellschaft seinen Möglichkeiten, Fähigkeiten und Neigungen entsprechend zu nutzen. Die berufliche Bildung muß ihm die fachliche Qualifikation für seinen Beruf vermitteln, um ihm die Mobilität und die Aufstiegschancen zu geben, die er in einer Arbeitswelt mit sich stetig wandelnden beruflichen Anforderungen zur eigenen Sicherung und zur Entwicklung seiner Persönlichkeit braucht. Ein breites Spektrum berufsorientierter und berufsqualifizierender Bildungsgänge bis hin in den tertiären Bereich soll eine attraktive Alternative zu den studienbezogenen Bildungsgängen darstellen.

Dabei muß die Eigenständigkeit der beruflichen Bildung erhalten werden: Eine

Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung gefährdet die Qualität und Eigenständigkeit beider Bereiche und mißachtet die differenzierten Bildungsansprüche der Jugend. Voraussetzung für eine leistungsfähige berufliche Erstausbildung ist die Gliederung in berufsfeldbezogene Grundbildung und darauf aufbauende berufsqualifizierende Fachbildung. Bei einem 10. Bildungsjahr soll ein Berufsgrundbildungsjahr eingeführt werden und den Vorrang vor einem zehnten allgemeinbildenden Hauptschuljahr erhalten. Das Berufsgrundbildungsjahr sollte, wo immer es möglich ist, gemeinsam in Schule und Betrieb als kooperatives Berufsgrundbildungsjahr im dualen Ausbildungssystem absolviert werden.

V.

Bildung dient der Selbstentfaltung des Menschen und soll ihm zugleich eine Berufsausbildung vermitteln. Deshalb müssen Bildungs- und Beschäftigungssystem aufeinander bezogen sein, damit qualifizierte Bildung möglichst auch in adäquate Berufstätigkeit münden kann. Bildungsanspruch und Arbeitsmarkt müssen zu einem sinnvollen Ausgleich gebracht werden. Eine bestimmte Ausbildung, die der Begabung und dem Leistungswillen des einzelnen entspricht, begründet allerdings nicht automatisch das Anrecht auf einen bestimmten Berufs- und Besoldungsstatus.

VI.

Besondere Aufgabe der Bildungspolitik ist es, diejenigen zu fördern, die auf zusätzliche Hilfe angewiesen sind. Deshalb muß das Bildungsangebot vor allem für Hauptschüler ohne Abschluß, für noch nicht berufsreife Jugendliche, Lernschwache und Behinderte sowie für ausländische Jugendliche intensiviert und ausgebaut werden.

■ INNERE SICHERHEIT

Anträge der Union abgelehnt

Die Koalition hat auch in der Bundestagssitzung vom 8. Juni ihre Tradition fortgesetzt, von der CDU/CSU vorgeschlagene Maßnahmen zur besseren Bekämpfung des Terrorismus abzulehnen. Zur Beratung standen Vorschläge, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in zwei Gesetzentwürfen zur Bekämpfung von Terrorismus und Gewaltkriminalität sowie zum Schutz des inneren Friedens bereits im April vorigen Jahres eingebracht hatte.

Nachdem die Koalition bereits im Februar dieses Jahres aus diesen Gesetzentwürfen vorweg beratene wichtige Maßnahmen abgelehnt hatte, hat sie nun auch weiteren wesentlichen Vorschlägen die Zustimmung versagt. Abgelehnt wurden u. a. folgende Vorschläge, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgelegt hatte:

Heraufsetzung der Höchststrafe

Für Straftaten, bei denen das Opfer schwere Einwirkungen an Leben und Gesundheit erleidet, sollte von fünfzehn auf zwanzig Jahre heraufgesetzt werden. Mit der Heraufsetzung des Höchstmaßes der derzeitigen Freiheitsstrafe sollte die Schwere der Kriminalität besser als bisher bekämpft werden. Gleichzeitig sollte die große Spanne zwischen dem derzeitigen Höchstmaß der zeitigen Freiheitsstrafe und der lebenslangen Freiheitsstrafe verringert werden.

Versammlungsrecht

Die Erfahrungen aus jüngster Vergangenheit machen eine Änderung des

Versammlungsgesetzes notwendig, um Mißbräuchen besser begegnen zu können. Es sollte insbesondere verhindert werden, daß schon vor der Demonstration „gefährliche“ Gegenstände zum Versammlungsort geschafft werden, die dann gegen Personen und Sachen eingesetzt werden sollen.

Zwangsernährung

Die Pflicht des Staates, hungerstreikende Häftlinge zwangsweise zu ernähren, soll aufgehoben werden; der Staat darf nicht erpreßt werden. Die CDU/CSU ist der Auffassung, daß der Wille zum Hungerstreik nicht gewaltsam gebrochen werden darf.

Landfriedensbruch

Die Erfahrungen bei gewalttätigen Demonstrationen haben gezeigt, daß das geltende Recht eine Ergreifung der Täter verhindert. Die Vorschläge der CDU/CSU sahen daher vor, daß auch diejenigen mit Strafe bedroht werden sollten, die die Rädelsführer schützen, die sich trotz Aufforderung von den Gewalttätern nicht trennen oder sich ihnen anschließen.

Strafverfahrensrecht

Zahlreiche Vorschriften, die der Beschleunigung des Strafverfahrens dienen sollen, sind zwischen Koalition und CDU/CSU nicht streitig. Abgelehnt wurden auch die Vorschläge, die es ermöglichen sollten, nachweisbare terroristische Taten anzuklagen und abzuurteilen, ohne daß dadurch noch nicht bekannte Verbrechen einer weiteren Strafverfolgung entzogen werden.

■ EUCD-KONGRESS

Eindrucksvolle Demonstration europäischer Christdemokraten

Seit über 30 Jahren, seit 1947, arbeiten die christlich-demokratischen Parteien Europas in der Europäischen Union Christlicher Demokraten (früher: *Nouvelles Equipes Internationales*) zusammen. Höhepunkte ihrer Arbeit sind die Kongresse, deren XX. am 6. und 7. Juni 1978 in Berlin stattfand. CDU und CSU hatten zu dieser Jubiläumsveranstaltung gemeinsam nach Berlin eingeladen.

Daß gerade die festliche Jubiläumsveranstaltung in die alte Reichshauptstadt gelegt werden konnte, war nicht nur für die einladenden Parteien eine Genugtuung, sondern hat durch das unmittelbare Erlebnis der geteilten Stadt zur Arbeit des Kongresses im besonderen beigetragen. Im Rahmen des Kongresses hätte die EUCD auch ihren Vorstand neu zu wählen. Dabei wurde Kai-Uwe von Hassel, Präsident der EUCD seit 1973, einmütig wiedergewählt. Zum Generalsekretär wurde anstelle des ausscheidenden italienischen Außenministers Forlani Senator Prof. Giuseppe Petrelli gewählt.

Bestätigt wurden die beiden Stv. Generalsekretäre, Dr. Karl-Josef Hahn (Rom), und der Leiter des Büros für Auswärtige Beziehungen der CDU, Henning Wegener. Die Zahl der Vizepräsidenten wurde von vier auf sechs erweitert, neu hinzugewählt wurden Prof. Diogo Freitas do Amaral, Präsident des portugiesi-

schen christlich-demokratischen CDS, und Nationalrätin Gertrud Spieß, Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz.

Der Kongreß begann mit einem Empfang von Bundestagspräsident Prof. Karl Carstens im Reichstagsgebäude. Dort fanden auch die Plenarsitzungen statt. Nach einem Grußwort des Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, Peter Lorenz, erstattete Präsident von Hassel in einer großangelegten Rede Bericht über die Lage der christlichen Demokratie in Europa und den Einsatz der EUCD für Demokratiewahrung, Menschenrechte und europäische Einigung. Besonders hob er die Rolle der EUCD bei der Wiedergewinnung demokratischer Verhältnisse in Portugal und Spanien hervor.

Auf der abendlichen Veranstaltung ergriff Helmut Kohl das Wort. Auch er würdigte die Rolle der EUCD im Rückblick auf 30 Jahre gemeinsamer Tätigkeit. Daß dieser Kongreß in Berlin, an der Nahtstelle von Freiheit und Unfreiheit stattfinde, sei bedeutungsvoll, in sich ein Bekenntnis zu Freiheit und Humanität. Helmut Kohl schilderte dann das Berlin in den Jahren des Widerstandes und des Neubeginns nach dem Zweiten Weltkrieg und zeigte auf, wie unmittelbar Erlebnis und geistiges Erbe des Widerstands damals in die neugegründete CDU eingegangen und dort seither bewahrt würden. Helmut Kohl wandte sich dann den Direktwahlen

zum Europäischen Parlament zu, die er als Ereignis von säkularer Bedeutung für das ganze freie Europa bezeichnete.

Die Kongreßarbeit war unter drei Themen gestellt worden: Internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus, Wahrung und Förderung der Menschenrechte als Aufgabe christlich-demokratischer Politik und Europa. Zu allen drei Fragen wurden die von den Arbeitskreisen erarbeiteten Resolutionen verabschiedet. Aufgrund ungewöhnlich umfassender und tief in die Problematik hineinreichenden Referaten von Außenminister Forlani, dem Generalsekretär der EUCD und Dr. Hans Eyrich, MdB, wurden Phänomen und Probleme des Terrorismus umrissen. Die dazu verabschiedete Resolution ruft alle europäischen Staaten dazu auf, die politische und geistige Herausforderung des Terrorismus anzunehmen, alle rechtsstaatlichen Mittel einer freiheitlichen Gesellschaft für die Bekämpfung des Terrorismus einzusetzen und unter den europäischen Staaten eng und operativ zu seiner Bekämpfung zusammenzuarbeiten.

Menschenrechte — ein zentrales Thema

Die Resolution zum Thema Menschenrechte widmete sich vor allem einer Bewertung der KSZE-Folgekonferenz von Belgrad und der Vorbereitung für das zweite Folgetreffen in Madrid 1980. Hierzu hält der Kongreß für erforderlich, daß die europäische Öffentlichkeit noch weitgehender für die Menschenrechtsgedanken mobilisiert wird und daß gerade den kommunistischen Staaten Osteuropas gegenüber immer wieder auf die Einhaltung der von ihnen übernommenen Verpflichtungen und auf den Zusammenhang zwischen Entspannungsfortschritten und Fortschritt-

ten im humanitären Bereich hingewiesen wird.

In der Resolution Europapolitik hat der Kongreß die Auffassung der EUCD zur Rolle Europas in der Welt, zum Verhältnis der Gemeinschafts- und Nichtgemeinschaftsstaaten und seine Forderung nach Weiterführung des europäischen Einigungsprozesses aktualisiert und dabei insbesondere festgestellt, daß die bevorstehenden Direktwahlen zum Europäischen Parlament auch im Interesse aller freien Staaten in Europa liegen. Die EUCD-Parteien haben auch bekräftigt, daß für sie das Recht auf Selbstbestimmung aller europäischen Völker, einschließlich des deutschen Volkes ein Grundsatz europäischer Politik bleibt und daß die Erhaltung der Zugehörigkeit Berlins zur freien Welt und die Stärkung der Lebensfähigkeit der Stadt zur Verantwortung aller demokratischen Kräfte im freien Europa gehört.

Heiner Geißler würdigte das Engagement

Die Europa-Thematik wurde vor dem Plenum des Kongresses noch ergänzt durch Referate von Dr. Egon Klepsch, Vorsitzender der christlich-demokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, und Prof. Freitas do Amaral, Präsident der portugiesischen Partnerpartei. So wie Generalsekretär Tandler für die gastgebenden Parteien CDU und CSU die Teilnehmer des Kongresses begrüßt hatte, sprach CDU-Generalsekretär Heiner Geißler das Schlußwort und würdigte dabei noch einmal das gesamte Engagement der christlich-demokratischen Parteien in der Abwehr sozialistischer oder kommunistischer Vorherrschaft und Wert und Wirksamkeit christlich-demokratischer Solidarität in Europa und in der Welt.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

16. 6. **JU — Bund und LV Berlin**, Kundgebung zum 25. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR, Berlin
16. 6. **KPV d. CDU/CSU — Bund**, Bundesvorstand
17. 6. **LV Hessen**, Freiheitskundgebung zum 25. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR, Philippsthal
17. 6. **JU Rheinland**, Landestagung
19. 6. **CDU — Bund**, Präsidium, Bonn
19. 6. **LV Baden-Württemberg**, Präsidium und Landesvorstand, Stuttgart
19. 6. **BV Nordwürttemberg**, Bezirksvorstand, Stuttgart
19. 6. **LV Schleswig-Holstein**, Landesvorstand, Kiel
19. 6. **LV Berlin**, Landesvorstand, Berlin
19. 6. **CDU — Bund**, BFA „Gesundheitspolitik“, Bonn
19. 6. **CDU/NRW**, Präsidium, Dortmund
21. 6. **LV Rheinland-Pfalz**, Treffen ehemaliger MdLs und MdBs, Mainz
22. 6. **Union der Vertriebenen und Flüchtlinge — Bund**, Vorstandssitzung, Bonn
- 22./23. 6. **CDU — Bund**, Kongreß „Regionale Struktur- und Verkehrspolitik“, Kassel
23. 6. **LV Berlin**, Landesvorstand, Berlin
- 23./24. 6. **CDU — Bund**, Sozialausschüsse, Bundesvorstand, Königswinter
26. 6. **RV Rheinland-Pfalz**, Landesvorstand, Mainz
26. 6. **LV Westfalen-Lippe**, Kreisvorsitzendenkonferenz
28. 6. **LV Hessen**, Landesvorstand (Hessentag), Hofgeismar
30. 6. **LV Rheinland**, Landesvorstand, Köln
1. 7. **LV Schleswig-Holstein**, Landesauschuß
1. 7. **LV Rheinland**, Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Landestagung, Wuppertal
1. 7. **LV Hessen**, Fachtagung „Liberal heute“, Eschborn
8. 7. **LV Schleswig-Holstein**, VOM, Landesversammlung, Rendsburg
- 8./9. 7. **SU Rheinland-Pfalz**, Landestag
- 22./23. 7. **JU Niedersachsen**, Landestag, Wolfsburg
7. 8. **LV Baden-Württemberg**, Präsidium und Landesvorstand, Stuttgart
12. 8. **BV Württ.-Hohenzollern**, Bezirksparteiausschuß, Saulgau
14. 8. **CDU — Bund**, Präsidium, Bonn
19. 8. **BV Südbaden**, Bezirksparteiausschuß
19. 8. **LV Westfalen-Lippe**, Mittelstandsvereinigung, Landestagung, Siegen

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 21 80 40. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postcheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,- DM. Einzelpreis 0,75 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD